

Dringliche Anfrage

gemäß § 33 der Oö. LGO 2009

Antragstellender Klub: SPÖ-Landtagsklub

Zuständiges

Regierungsmitglied Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer

Wortlaut der Hauptfrage

Mit dem Entwurf des Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG) hat die Bundesregierung am 14. September 2018 ihre Pläne für die Zentralisierung der Ländergebietskrankenkassen zur sogenannten Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) bekannt gemacht. Am selben Tag haben Sie sich zu den Verhandlungen rund um diese Kassenreform geäußert und den OberösterreicherInnen versichert, dass es auch in Zukunft eine „qualitativ hochwertige, flächendeckende medizinische Versorgung“ geben wird.

Welche Position nehmen Sie als Landeshauptmann im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zum geplanten SV-OG und insbesondere zu einer mit umfassender Budget-, Personal- und Vertragshoheit ausgestatteten Österreichischen Gesundheitskasse in Wien ein, um eine qualitativ hochwertige, flächendeckende medizinische Versorgung in Oberösterreich sicherzustellen?

Wortlaut der 1. Unterfrage

Können Sie die von Ihnen getätigte Aussage „Das Geld der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher bleibt auch nach der Kassenreform im Land“ nach wie vor bestätigen, obwohl die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse mittlerweile darauf hingewiesen hat, dass jährlich rund 400 Millionen Euro bzw. 15% des Budgets der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse laut dem aktuellen Entwurf des SV-OG nach Wien abwandern könnten?

Wortlaut der 2. Unterfrage

Planen Sie als Finanzreferent jene Leistungen, die bisher in Kooperation von Land Oberösterreich und der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse angeboten wurden auch dann weiter zu finanzieren, wenn die Österreichische Gesundheitskasse sich nicht mehr an diesen Leistungen beteiligt und das Land Oberösterreich sämtliche Kosten übernehmen muss?

Wortlaut der 3. Unterfrage

Warum haben Sie im Rahmen der Kassenreform-Verhandlungen akzeptiert, dass die Österreichische Gesundheitskasse in Wien und nicht in einem Bundesland angesiedelt sein wird, obwohl Sie im Mai in einem Interview noch klargestellt haben, dass diese „in einem der Bundesländer angesiedelt sein muss“?

Wortlaut der 4. Unterfrage

Befürchten Sie, dass es künftig durch zentrales Beschaffungswesen und Auftragsvergabe der Österreichischen Gesundheitskasse in Wien zu einer Gefährdung des Wirtschaftsraums Oberösterreich, insbesondere von oberösterreichischen, mittelständigen Unternehmen im Gesundheitsbereich (wie etwa Bandagist Heindl, Hörgeräte Waldstein) kommen könnte und dadurch für das Land Oberösterreich finanzielle Einbußen entstehen?

KO Makor